

„You are the only German I talk to“, sagte mir einmal mein bester Informant im Weißen Haus. Ich sei der einzige deutsche Journalist, mit dem er rede. Meine Reaktion – „Keep it that way“ – sollte meinen exklusiven Zugang zu dieser exzellenten Quelle gegen jedwede germanische Konkurrenz abschirmen.

Einen hochstehenden Regierungsbeamten als verlässliche Informationsquelle im White House zu haben mag für Vertreter großer amerikanischer Medien in Washington eine unerlässliche Voraussetzung erfolgreichen Journalismus sein. Für einen deutschen Journalisten, dazu noch für einen Hörfunkkorrespondenten, dessen Arbeit in Amerika in der Regel ohne Echo bleibt, war es ein reiner Glücksfall. Dass ich mich auf meine White-House-Quelle zu einer Zeit verlassen konnte, da das deutsch-amerikanische Verhältnis so angespannt war wie schon lange nicht mehr, machte die Insider-Informationen umso wertvoller. Im Vorfeld des Irakkrieges Einblick in Denken und Planen des National Security Council zu haben war ein unschätzbare Informationsgewinn für meine Berichterstattung aus Washington. Meine Kommentierung des Irakkrieges und seiner Begründung durch die Bush-Administration haben diese Informationen im entscheidenden Punkt allerdings nicht beeinflussen können. Wie viele andere auch ging ich zwar davon aus, dass Saddam Hussein im Besitz von Massenvernichtungswaffen war. Angesichts der Vorgesichte war dies eine logische Annahme.

Aber solange sie nicht durch handfeste Beweise belegt war, reichte sie als Kriegsgrund nicht aus. Dies war die Position, die ich auch in meinen Kommentaren vertrat. Erst später stellte sich heraus, dass die Bush-Administration die vermuteten Massenvernichtungswaffen als *casus belli* nur vorgeschoben hatte. Erst später wurde offenbar, dass entgegen anderslautenden Beteuerungen des Weißen Hauses die Kriegsentscheidung bereits gefallen war, als George Bush auf Drängen Tony Blairs und Colin Powells beschloss, den UN-Sicherheitsrat anzurufen. Die Entscheidung, Saddam zu entmachten, ging zwar der Mobilmachung des US-Militärs voraus, aber als erst einmal eine halbe Million Mann in Richtung Irak in Bewegung gesetzt worden war, hätte nur noch der irakische Diktator selbst die US-geführte Invasion verhindern können, durch seinen eigenen Rücktritt und Gang ins Exil.

Was George Bush später an Argumenten für die Irak-Invasion ins Feld führte, die angeblichen Verbindungen zwischen Saddam und El Kaida, zwischen Irak und 9/11, waren nachgeschobene Alibi-Argumente. So frei erfunden wie die Behauptung, ein überstürzter militärischer Abzug der USA aus dem Irak würde die Terroristen verleiten, ihre Basis im Irak für Anschläge auf den amerikanischen Kontinent zu nutzen. „They will follow us here“, lautete die Formel, mit der die zunehmende Kritik an der Irakpolitik des Präsidenten zum Verstummen gebracht werden sollte. Vergeblich, war die Mehrheit

der amerikanischen Bevölkerung doch nicht davon überzeugt, dass der Irak, wie Bush behauptete, zur zentralen Front im Krieg gegen den Terror geworden sei.

Alptraum ohne Ende

Ob der Irak noch zu retten ist, ob die von General David Petraeus im Sommer auf Veranlassung von George Bush eingeleitete Operation der irakischen Regierung den nötigen Spielraum verschafft, um die zur Aussöhnung erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, ist fraglich. Zuletzt war es der ehemalige Befehlshaber der amerikanischen Truppen im Irak, General Ricardo Sanchez, der den Irakeinsatz als Alptraum ohne Ende bezeichnete und der Bush-Administration Inkompetenz vorwarf. Eine Strategie, die „zum Sieg führt“, konnte Sanchez allerdings auch nicht vorlegen. Genauso wenig wie diverse republikanische Präsidentschaftsbewerber, angeführt vom ehemaligen New Yorker Bürgermeister, Rudolf Giuliani, der meinte, für Amerika gebe es im Irak nur eine Strategie. Wie so ein Sieg aussehen könnte, bleibt dabei der Fantasie des Publikums überlassen. Was die vorübergehende Verstärkung der amerikanischen Truppen im Irak erreichen wird, neben einem zeitweiligen Rückgang der religiös motivierten Gewalttaten, ist, George Bush Deckung zu geben, sich über das Ende seiner Amtszeit hinwegzuretten und seinem Nachfolger beziehungsweise seiner Nachfolgerin die Scherben zu hinterlassen. Wie sie damit umgehen werden, darüber sind sich weder Hillary Clinton, die ihrer Favoritenrolle bei den Demokraten immer mehr gerecht wird, noch Barack Obama, der seit Monaten auf dem zweiten Platz der demokratischen Präsidentschaftskandidaten verharret, offenbar noch nicht im Klaren. Wie sollten sie auch, ist doch der Ausgang des Irakdramas noch völlig offen.

Wenn es ein Thema gab, das die letzten fünf Jahre meiner Korrespondententätig-

keit in Washington beherrschte, dann war es der Irakkrieg mit seinen Folgen. Doch es war nicht der Irakkrieg allein, der das Ansehen des Präsidenten und Amerikas in der Welt prägte. Als ebenso abträglich sollten sich die Geheimgefängnisse der CIA, die von Folter kaum noch zu unterscheidenden Verhörmethoden und das Gefangenenlager Guantánamo Bay erweisen. Welche Rechte den noch im Lager festgehaltenen Häftlingen zustehen, darüber wird in Kürze der Oberste Gerichtshof der USA entscheiden. Dabei geht es vor allem um *Habeas Corpus*, das Recht der Gefangenen auf ein Gerichtsverfahren. Dieses Recht wird den „unlawful alien combatants“, wie die Terrorismusverdächtigen in Guantánamo genannt werden, von der US-Regierung abgesprochen. Dabei kann dieses Recht laut amerikanischer Verfassung nur dann ausgesetzt werden, wenn „es die öffentliche Sicherheit in Fällen der Rebellion oder Invasion erfordert“.

Die Anschläge vom 11. September 2001 als „Rebellion“ oder „Invasion“ zu bezeichnen haben jedoch selbst die wenig zimperlichen Juristen der Bush-Administration bisher nicht gewagt. Dagegen argumentierten sie, das neue Gesetz über Militärkommissionen nehme dem Supreme Court die Zuständigkeit für die Überprüfung von *Habeas-Corpus*-Fällen. Dafür sei in Zukunft nur noch das Militär zuständig. Der Krieg gegen den Terror gehe nur den Präsidenten etwas an. Als Oberbefehlshaber sei er unangreifbar. So zumindest die Position eines der ehemaligen führenden Mitarbeiter des US-Justizministeriums, John Yoo. Von Yoo, Juraprofessor an der Universität Berkeley, stammen einige der umstrittensten Memoranden der Bush-Administration im Krieg gegen den Terror. Auf ihn gehen die geheimen Rechtfertigungen der an Folter grenzenden Verhörmethoden wie „water boarding“ zurück, eine Methode, bei der der Ertrinkungstod des Verhörten simu-

liert wird. Yoo war die rechte Hand von Alberto Gonzales, des kürzlich zurückgetretenen US-Justizministers. Gonzales musste gehen, als selbst den eigenen Parteifreunden Zweifel an der Kompetenz des Ministers für das hohe Amt kamen.

„Angriff auf Amerika“

In den Erinnerungen an dreizehn Jahre Korrespondententätigkeit in den USA nehmen die Ereignisse vom 11. September 2001 naturgemäß eine beherrschende Rolle ein. Im Gedächtnis geblieben ist mir dabei vor allem die unheimliche Ruhe, die an den Tagen nach den Anschlägen im Luftraum über Amerika herrschte. Kein Flugzeug am Himmel, absolute Stille. Bis heute ist bei mir das Bild von den beiden entführten Maschinen, wie sie die Türme des World Trade Center durchschnitten, auf der Netzhaut eingebrannt. Bis heute frage ich mich aber auch, was Andrew Card, ehemaliger Stabschef des Weißen Hauses, dem Präsidenten am Morgen jenes 11. September 2001 ins Ohr flüsterte. George Bush befand sich zu dem Zeitpunkt in einer Grundschule in Florida. Auf dem Weg in das Klassenzimmer hatte er von dem Zwischenfall in New York gehört. Ein Unfall, dachte er, ein Pilotenfehler. Und dann kam die Nachricht vom zweiten Flugzeug. Der Überbringer der Nachricht war Andrew Card. „A second plane hit the second tower“, habe er dem Präsidenten ins Ohr geflüstert, so Card später. Ein zweites Flugzeug sei in den zweiten Turm gerast. Und dann habe er hinzugefügt: „America is under attack.“ Wie er zu diesem Zeitpunkt – noch war von der Entführung der beiden anderen Maschinen nichts bekannt – zu dieser Einschätzung kam, hat Card folgendermaßen begründet. Er habe beschlossen, dem Präsidenten zwei Fakten mitzuteilen und einen redaktionellen Kommentar. Die beiden Fakten waren die zweite Maschine und der zweite Tower. Der Kommentar war die Feststellung, dass

sich Amerika einem Angriff gegenüber sah. Was für eine sonderbare Begründung. Da erfährt der Stabschef des Weißen Hauses, dass sich in New York ganz offensichtlich ein Terroranschlag ereignet hat. Anstatt seinem Präsidenten dies unverzüglich mitzuteilen, überlegt er zunächst, wie er es ihm sagen soll. Und entscheidet schließlich: zwei Fakten und ein Kommentar.

Und wie reagiert der Präsident auf die Nachricht, dass Amerika angegriffen werde? Zutiefst betroffen und offenbar ratlos, bleibt er doch mehr als fünf Minuten lang reglos sitzen. Er habe die Schulkinder nicht erschrecken wollen, deshalb sei er sitzen geblieben, sagte er später. Wer sich das Video anschaut und mit der Stoppuhr die Zeit misst, die Card für seine Worte braucht, die er George Bush ins Ohr flüstert, stellt fest, dass die Zeit für die beiden angeblich von ihm gesprochenen Sätze nicht reicht. Was also hat er wirklich gesagt, und ist die Geschichte mit den beiden Fakten und dem Kommentar vielleicht frei erfunden? Den ersten Satz – „a second plane hit the second tower“ mag Card in der Tat so gesprochen haben. Er entsprach den Tatsachen und gab das Geschehen, soweit bekannt, korrekt wieder. Was sich in New York ereignet hatte, war offensichtlich ein Terroranschlag. Und genau das wird Card seinem Präsidenten gesagt haben. „It’s a terror attack.“ Vor einem Terroranschlag war Bush von seinem CIA-Chef, George Tenet, den ganzen Sommer hindurch immer drängender gewarnt worden. Tenet hat dies in seiner Autobiografie eindrücklich geschildert. Was an der Schilderung überrascht, ist, dass niemand aus der Umgebung des Präsidenten den CIA-Chef in den ersten Minuten nach dem Geschehen von New York offenbar nach dessen Einschätzung gefragt hat. Zumindest enthält Tenets Darstellung keinen Hinweis darauf. Ist es denkbar, dass er gefragt worden ist, aber jegliche Hinweise darauf in

seinem Buch unterdrückt, um den Präsidenten nicht im Nachhinein in Verlegenheit zu bringen? Wie stände Bush heute da, wenn die Welt erfährt, dass ihm damals gesagt worden ist, es handele sich um einen Terroranschlag, und er mehr als fünf Minuten brauchte, um damit fertig zu werden? Was sein Gesicht damals widerspiegelte, war weniger Überraschung oder Ratlosigkeit, sondern das angestrengte Nachdenken darüber, was dieser Anschlag für ihn bedeute, wie er in der Öffentlichkeit dastehe. Es war die Reaktion eines Neulings im Präsidentenamt. Unbedarft und überfordert. So durfte das aber nicht stehen bleiben. Also erfand sein Stabschef eine neue Version des Geschehens. „Angriff auf Amerika.“ Sie sollte Verständnis dafür wecken, dass der Präsident zunächst wie versteinert sitzen blieb. Ob sich das Geschehen damals wirklich so abgespielt hat, können nur George Bush oder Andrew Card bestätigen. Da müssen wir wohl auf ihre Memoiren warten.

Verlust der Glaubwürdigkeit

Als ich bei den Recherchen zu diesem Thema den Autor des Berichts der Untersuchungskommission zu 9/11, Philip Zelikow, nach der Darstellung Cards fragte, meinte er vieldeutig, es komme schon mal vor, dass Zeitzeugen ihre Erinnerung an historische Ereignisse nicht ganz korrekt wiedergäben. Dieser Vorgang scheint symptomatisch zu sein für das Verhalten von Mitarbeitern der Bush-Administration. Die Vorgeschichte des Irakkrieges wimmelte von falschen Spuren, gefälschten Fakten und verdrehten Kommentaren. Nicht zuletzt die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Geheimdienste hat unter der politischen Manipulation im Vorfeld der Irakinvasion bleibenden Schaden erlitten. Gelitten hat auch der Ruf des damaligen Außenministers, Colin Powell. Was ihm von der CIA als angebliche Beweise für Saddams Mas-

senvernichtungswaffen untergeschoben wurde, erwies sich im Nachhinein als Märchen eines irakischen Überläufers mit dem bezeichnenden Codenamen „curveball“. Das Wort kommt aus dem Baseball und bezeichnet einen mit Effet geworfenen Ball. Eine treffende Bezeichnung für eine ganze Regierung, ihre Politik und ihre Umsetzung. Wie sehr das Ansehen Amerikas in der Welt durch den Irakkrieg, durch Guantánamo und die Foltervorwürfe gelitten hat, zeigen unter anderem die Ergebnisse der „Transatlantic Trends“, regelmäßig in mehreren europäischen Ländern durchgeführten Meinungsumfragen. Danach ist der Anteil der Europäer, die eine Führungsrolle der USA in der Welt als wünschenswert betrachten, von 64 Prozent im Jahre 2002 auf 37 Prozent im Jahre 2006 zurückgegangen. Das Ansehen von George Bush fiel sogar auf achtzehn Prozent. Der stärkste Rückgang war dabei in Deutschland zu verzeichnen.

Meinen Informanten im Weißen Haus habe ich kurz vor den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2004 mit der Feststellung schockiert, ich wünschte den USA und Deutschland im Interesse ihrer beiderseitigen Beziehungen einen Wechsel im White House. Ich habe das nicht mit persönlichen Präferenzen begründet, sondern damit, dass die Ressentiments in der deutschen Öffentlichkeit gegen George Bush zu tief säßen und auch durch ein besseres persönliches Verhältnis zwischen Präsident und Schröder-Nachfolgerin nicht ausgeräumt werden könnten.

Ohne Zweifel hat sich das deutsch-amerikanische Verhältnis seit dem Amtsantritt Angela Merkels auf der Arbeitsebene zwischen den beiden Regierungen spürbar verbessert. Die transatlantischen Beziehungen hatten sich bereits seit Anfang 2005 deutlich entspannt. Es gab mehr Konsultationen und wieder mehr Vertrauen zwischen den Regierungen. Das lag nicht zuletzt daran, dass im State

Department wieder mehr erfahrene Diplomaten anzutreffen waren, mehr „old Europe hands“. Das hatte auch mit der späten Einsicht der Bush-Administration zu tun, in vielen Fragen der Weltpolitik auf die Hilfe der Europäer angewiesen zu sein. Da Deutschland in Europa eine führende Rolle spielt, kommt einem besseren Verhältnis zu Berlin dabei ein besonderer Stellenwert zu. Angela Merkel ist es gelungen, die besondere Bedeutung der Beziehungen zwischen Berlin und Washington durch ein gutes persönliches Verhältnis zu George Bush zu untermauern. Bush schätzt, wie er nicht müde wird zu betonen, ihren Rat und ihr politisches Urteil. Die regelmäßigen Video-Schaltkonferenzen zwischen ihm und der Kanzlerin sind nur ein Indiz für die vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden. Die Kanzlerin kann sich dabei auf die exzellente Arbeit des deutschen Botschafters in Washington, Klaus Scharioth, stützen. Dass er im Umgang mit der Presse offen, aufgeschlossen und uneitel ist, macht ihn auch für die deutschen Journalisten in den USA für einen Gewinn. Am Image von George Bush in der deutschen Öffentlichkeit hat das aber alles wenig ändern können. Es scheint, als ob das Bild vom Cowboy bestenfalls zu retuschieren ist. Der Stetson, die Stiefel, der Gang und die Sprache, im Bewusstsein der Deutschen wird der Texaner sein Profil nicht los. Dabei ist George Bush nicht der erste US-Präsident, der in der deutschen öffentlichen Meinung wenig Gnade findet. So wurde Ronald Reagan lange Zeit als zweitrangiger Schauspieler abgetan, und Jimmy Carter wurde nie den Ruf des Peanuts-Farmers los. Überraschen mag da, dass Bill Clinton, der sich nach wie vor großer Beliebtheit in Deutschland erfreut, zu seinem Amtsnachfolger ein ausgesprochen gutes Verhältnis hat. Er könne einfach nicht verste-

hen, sagte Clinton im Präsidentschaftswahlkampf 2004, warum er einer der wenigen Amerikaner sei, der George Bush genauso möge wie John Kerry. Und ebenso wenig passt es ins Bild der platten Vorurteile vom simplen Texaner, dass der ehemalige britische Botschafter in Washington, Christopher Meyer, in seinen Memoiren „DC Confidential“ schrieb, ob man nun mit Bush übereinstimme oder nicht, er sei, wenn man ihn persönlich kennenlerne, meilenweit von der Karikatur entfernt, die man in Europa von ihm habe.

Es ist nicht immer leicht für einen Korrespondenten, kritische Distanz zu Politikern zu halten und gleichzeitig fair im Urteil zu bleiben, ohne in den anschwellenden Chor der oft von Hämne und Ressentiments gespeisten Kritik zu Hause einzustimmen. Das wird nicht leichter durch den redaktionellen Druck, tagesaktuelle Ereignisse *stante pede* zu kommentieren. Ich habe die persönliche Meinung des Korrespondenten nie für besonders wichtig gehalten, umso wichtiger jedoch die Analyse, das Einordnen von Fakten und das Aufzeigen von Zusammenhängen. Wenn dies von meinen Hörern gewürdigt wurde, wie in einer Zuschrift eines Hörers aus dem Erzgebirge, hat es mich besonders gefreut. Eigentlich habe er eine emotionale Abneigung gegen Amerika und amerikanischen Lebensstil, schrieb er mir zu meinem Abschied im August nach dreizehn Jahren Korrespondententätigkeit in Washington. „Normalerweise hätte ich im Auto bei jedem USA-Thema auf CD umgeschaltet, aber da waren ja Sie. Und dann haben Sie über die USA berichtet, in einer Art, die mich mit meinen Vorurteilen jedes Mal beschämt hat [...] ausgewogen zwischen Zuneigung und Kritik.“

Ein schöneres Kompliment kann ich mir für einen Amerika-Korrespondenten nicht vorstellen.